

MACHT EUROPA STARK

„Was wir in diesen Zeiten brauchen, ist Stabilität und Verlässlichkeit. Wo unser Leben immer mehr von Katastrophen, Kriegen, Populismus, und immer häufiger auch von Lügen und blankem Hass gekennzeichnet ist, zeichnet sich die Arbeit von Federica Mogherini seit Jahren durch ihre unermüdliche Verteidigung unserer europäischen Werte von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Pluralismus in der Welt aus. Es sind genau diese Werte, die unsere Gesellschaften in Europa so stark gemacht haben und die ihren inneren Zusammenhang sichern.“

Mit diesem eindringlichen Appell unterstrich der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, die Herausforderungen, vor denen Europa in diesen Monaten und Jahren steht. Er sprach diesen Satz anlässlich der Verleihung des „Internationalen Demokratiepreises Bonn“ (IDP) Mitte November an die Außenbeauftragte der Europäischen Union, Federica Mogherini.

Und Federica Mogherini machte in ihrer Rede deutlich: „We need to take care of our European democracy. We need to nourish and reform it, so it can stand the many challenges of our times. And yet, I believe we have to really rediscover a European pride. (...) To them, Europe is not only the greatest economic power in the world – which it is, also this sometimes we forget

– but it is first of all, a great democracy. (...) Europe is a land of hope and possibilities.“

Der Brexit, die Wahl Trumps, die zunehmende Akzeptanz nationalistischer, fremdenfeindlicher Politik in zahlreichen europäischen Ländern hat viele Menschen aus dem Tritt gebracht. Wir erleben in diesen Tagen in zahlreichen Diskussionen, wie Verunsicherung um sich greift. Wohin treibt dieses Land? Wohin treibt Europa?

Gegen eine unsicherer gewordene Welt kann es nur eine Antwort geben: Wir müssen Europa wieder zu dem machen, was es 70 Jahre lang war – ein demokratischer, wirtschaftlich starker Kontinent, dessen Strahlkraft weltweit zeigt: Unsere Werte sind die Grundlage für Demokratie, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand. Lasst uns Europa neu denken, lasst uns enger zusammenrücken, lasst uns behaupten in dieser globalisierten Welt. Lasst uns stolz sein auf Europa.

Das Gustav-Stresemann-Institut hat sich genau diesem verschrieben. Dies ist unsere Antwort auf eine Welt, die aus den Fugen geraten ist. Zwischen Brexit, Trump und allen Vereinfachern gibt es eine Chance, und die heißt „Macht Europa stark“. Die kulturelle Vielfalt ist das einigende Band. Die Chance ist da. Wir sollten sie nicht verspielen.

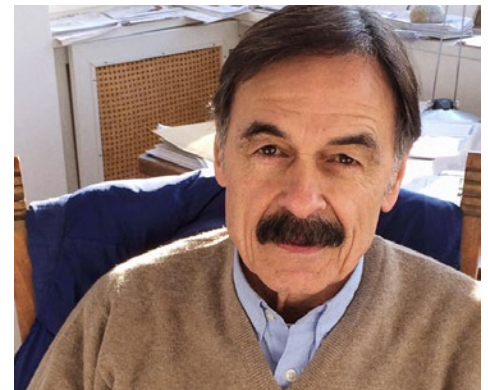
Dr. Ansgar Burghof

„EIN KRIEG UM DIE VORHERRSCHAFT IM NAHEN OSTEN“

WELTENBÜRGER sprach mit dem Nahost- und Islam-Experten Marcel Pott über die Zusammenhänge des Syrien-Kriegs, dem „Dreißigjährigen Krieg“ des 21. Jahrhunderts.

Frage: Seit 2011 tobt in Syrien ein Krieg mit mehreren Fronten und Kriegsparteien. Warum gelingt es nicht, den Konflikt zu lösen?

Pott: Der syrische Krieg ist ein Krieg mit vielen Kriegsparteien und unterschiedlichen Handlungsebenen. Es gibt eine lokale und nationale



sowie eine regionale und auch eine internationale Konfliktebene. Auf lokaler Ebene kämpfen Syrer gegen Syrer und einzelne Glaubensgruppen gegeneinander. Regional entzündet sich der Konflikt an der Rivalität zwischen Saudi-Arabien, der selbst erklärten Schutzmacht der sunnitischen Muslime, und dem Iran als schiitischen Gottesstaat. Über all dem schweben internationale Konflikte. Dies wird insbesondere an dem Eingreifen Russlands zugunsten des syrischen Regimes deutlich. Der Versuch vonseiten der Türkei, Einfluss zu nehmen, ist dagegen in erster Linie regional begründet. Es gibt aber auch zwischen der Türkei und den USA internationale widerstreitende Interessen. Die Tür-

... weiter von Seite 1

kei möchte auf gar keinen Fall, dass syrische Kurden entlang der türkischen Grenze ein zusammenhängendes autonomes Gebiet erobern und beherrschen. Die Amerikaner hingegen bedienen sich der syrischen Kurden im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat.

Frage: Der Syrienkrieg ist mittlerweile zum Stellvertreterkrieg mutiert?

Pott: Ja, es ist ein Stellvertreterkrieg und es ist gleichzeitig ein Krieg um die Vorherrschaft in der Region – vor allem zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Es ist der Versuch des Irans, die arabische Welt zu beeinflussen. Der Iran verfügt durch die Hisbollah, die pro-schiitische Partei Gottes, die von Teheran aufgebaut worden ist, sowie finanziert und politisch mehr oder weniger gelenkt wird, über enormen Einfluss im Libanon, dem Nachbarland Syriens. Die sunnitischen Araber empfinden dies als Einmischung in ihre arabischen Angelegenheiten. Denn man darf nicht vergessen, dass es nicht nur einen Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten gibt, sondern auch einen ethnischen Gegensatz zwischen Persern und Arabern. Diese Rivalität zwischen dem Herrschaftsanspruch des Irans und Saudi-Arabiens spielt hier, aber auch in den Konfliktfeldern Irak, Jemen und in Afghanistan eine entscheidende Rolle. Der syrische Krieg ist nur ein Schauplatz dieser Gemengelage.

Frage: Aleppo gilt als wichtigstes Schlachtfeld zwischen Regierungstruppen und Rebellen. Warum ist die Stadt von so zentraler Bedeutung?

Pott: Aleppo ist – ähnlich wie Mossul für den Irak – von enormer Bedeutung. Die Stadt war seit jeher die Geschäfts- und Handelsmetropole Syriens. Sie ist die zweitgrößte Stadt nach der Hauptstadt Damaskus. Wer Aleppo beherrscht, beherrscht den Norden des Landes. Das hat zum einen eine enorme symbolische Bedeutung, zum anderen aber eben auch eine tatsächliche Bedeutung, weil sich von Aleppo aus die Region rundherum kontrollieren lässt. Wer das Land beherrschen will, braucht Wirtschaft und dazu braucht man Aleppo. Die Stadt ist zwar zu großen Teilen zerstört, aber wenn der Krieg einmal beendet sein wird, muss und wird man diese Schaltzentrale

der syrischen Wirtschaft schnellstmöglich wiederaufbauen.

Frage: Welche Gründe hat Russland für sein Eingreifen in den Syrienkrieg?

Pott: Russland hat etwa vor einem Jahr die Gefahr gesehen, dass das Regime den Krieg möglicherweise verlieren könnte. Ein Sieg der Regimegegner hätte bedeutet, dass große Teile Syriens von islamistischen, dschihadistischen Kräften beherrscht würden. Damit ist nicht nur der „IS“ (sog. Islamische Staat) gemeint, sondern der Großteil der syrischen Milizen, die überwiegend einer ähnlichen Ideologie folgen wie der „IS“. Dazu gehören auch „Ahrar al-Scham“ oder die „Armee des Islam“. All diese dschihadistischen Gruppierungen werden entweder von der Türkei und/oder Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar unterstützt und finanziert. Wenn Syrien in die Hand dieser Kräfte geriete, wäre das für Russland aber auch für den Westen ein schwieriges Umfeld. Zudem konnte Russland aufgrund der Zurückhaltung und Konzeptlosigkeit Amerikas in Syrien in ein Machtvakuum hineinstoßen. Für Russland bedeutet dies die Rückkehr als Ordnungsmacht im Nahen und Mittleren Osten. Russlands geopolitische und geostrategische Lage hat sich dadurch deutlich verbessert.

Frage: Wie bewerten Sie die neue russische Großoffensive gegen Ziele in den syrischen Provinzen Idlib und Homs?

Pott: Russland hat mit der Präsenz seines Flugzeugträgers im östlichen Mittelmeer die Eskalationsschraube angezogen. Von dort aus operiert die russische Luftwaffe gegen Rebellengebiete im Nordosten Syriens und eben nicht nur in und um Aleppo. Russland hat sein Operationsfeld erweitert und will damit wahrscheinlich versuchen, den gesamten Nordosten Syriens den Rebellen zu entreißen. Wenn es Russland gelingt, Aleppo und die Gebiete um Idlib zurückzuerobern, wäre das ein herber Schlag für die sogenannte syrische Opposition.

Frage: Erwarten Sie unter dem neu gewählten US-Präsidenten einen grundlegenden Wechsel in der US-Strategie in Syrien?

Pott: Man wird abwarten müssen, wer Außenminister und wer den neu gewähl-

ten Präsidenten Trump in der Außenpolitik beraten wird. Das ist noch völlig unklar. Ich denke, dass die Republikanische Partei in der Außenpolitik – nicht nur in Bezug auf den Nahen Osten, sondern generell – versuchen wird, Trump auf eine bestimmte Linie zu bewegen, um zu verhindern, dass zulasten der amerikanischen Interessen Porzellan zerschlagen wird. Trumps Lob für Putin, er sei ein mächtiger und effizienter Führer, lässt wenig Rückschlüsse zu. Das sind Äußerungen, die man am Stammtisch erwarten würde.

Frage: Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen, was muss passieren, damit wieder Friedensverhandlungen aufgenommen werden?

Pott: Wenn Russland und Amerika zusammenwirken, haben sie eine Chance, Syrien zu befrieden. Das wäre aber nur dann von Erfolg gekrönt, wenn es gelänge, die Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran mit an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Russen werden das Regime nicht aufgeben, der Iran erst recht nicht. Der Iran engagiert sich in Syrien zugunsten des Regimes aus einem einfachen Grunde: Er will seinen Einfluss im Herzen Arabiens, in der Levante, nicht verlieren. Vor allem braucht der Iran ein ihm freundlich gesonnenes Regime in Damaskus, um die Hisbollah weiter als Instrument im Sinne einer offensiven Außenpolitik in der Region zu betreiben. Der finanzielle und militärische Beitrag Irans – auch an Kriegsgeldern – ist enorm. Die Revolutionsgarden in Gestalt der al-Quds-Brigaden, der Jerusalem-Brigaden, spielen hier eine entscheidende Rolle. Es werden viele Offiziere von den Revolutionsgarden eingesetzt und viele sind bereits gefallen. An diesem hohen Einsatz erkennt man, wie wichtig es für den Iran ist, seinen Einfluss weiter geltend machen zu können. Saudi Arabien will dem entgegenwirken und versucht, durch Unterstützung der dem Iran feindlich gesinnten extremistischen sunnitischen Milizen die iranischen Pläne zu durchkreuzen, ohne selbst eigene Truppen in Syrien einzusetzen. Die Stärke Irans ist auch bedingt durch seine einflussreiche Stellung im Irak. Dort konnte sich der iranische Einfluss ausbreiten, weil die USA nach ihrer Invasion 2003 gegen das Saddam-Regime ein Machtvakuum geschaffen haben, in das der Iran hineingestoßen ist.

DIE NATO IM WANDEL

VOM MILITÄRBÜNDNIS ÜBER DEN „WELTPOLIZISTEN“ ZU EINER MÖGLICHEN „ALLIANCE OF DEMOCRACIES“

Seit ihrer Gründung vor 67 Jahren hat sich die Rolle der NATO stark verändert. Das am 4. April 1949 gegründete transatlantische Militärbündnis, das unter dem Eindruck der Ost-West-Konfrontation zur Abschreckung gegen äußere Feinde ins Leben gerufen wurde, versteht sich heute inzwischen mehr als eine Art globale Ordnungsmacht, die auch über das Territorium der Mitgliedstaaten hinaus Einfluss nimmt. Dementsprechend erlebte die NATO – insbesondere seit dem Ende des Warschauer Pakts – einen Strategiewechsel: Die klassische Verteidigungsaufgabe im Bündnis wich der Krisenbewältigung.

Damit ging ein deutlicher Wandel im Verständnis der NATO einher, von der westlichen Verteidigungs-Allianz, die man möglichst nicht braucht, hin zu einem Instrument des Konfliktmanagements, einer Art „Weltpolizist“, der sich bei Bedarf auch wirksam einsetzen lässt. Dementsprechend umfassen die NATO-Einsätze inzwischen ein weites Spektrum, von sogenannten robusten Friedenssicherungsoperationen über humanitäre Einsätze und Missionen zur Unterstützung anderer Organisationen bis hin zur Terrorbekämpfung. Als Stichworte in diesem Zusammenhang sei auf die Einsätze unter anderem in Afghanistan (ISAF), im Kosovo (KFOR), die militärische Operation im Mittelmeerraum („Active Endeavour“) zur Abschreckung terroristischer Aktivitäten in der Region oder als Partner der Afrikanischen Union in Somalia verwiesen.

Zum Schutz des Bündnispartners Türkei vor Raketenangriffen aus dem benachbarten Bürgerkriegsland Syrien stationierte die NATO Anfang Januar 2013 ebenfalls Soldaten, auch aus Deutschland, auf der türkischen Seite der Grenze beider Länder. Die USA und die Bundeswehr zogen ihre Raketenysteme inzwischen wieder ab, mit der Begründung,

die Bedrohung habe abgenommen. Das rief heftige Kritik aufseiten der Türkei hervor, die den NATO-Verbündeten mangelnde Loyalität vorwarf. Von der NATO erwarte die Türkei nicht nur mündliche, sondern konkrete Unterstützung, wenn sie bedroht werde, sagte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu sinngemäß.



Quelle: NATO

Doch das ist nicht das einzige Thema, das derzeit für Diskussionen zwischen der NATO und ihrem Mitglied Türkei sorgt. Auch die militärische Intervention des Landes im Syrien-Krieg und seine „Aussöhnung“ mit Russland werden im Bündnis kritisch gesehen. Grundsätzlich steht die Türkei als NATO-Partner nicht infrage – das wurde nach dem missglückten Putschversuch durch das türkische Militär im Juli und die umstrittenen, harten Reaktionen von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan darauf mehr als deutlich. Nur bei einem erfolgreichen Staatsstreich hätte die NATO-Mitgliedschaft der Türkei ernsthaft zur Disposition gestanden, hieß es in der Allianz. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betonte schon nach dem Umsturzversuch die Bedeutung der Türkei als „geschätzter Alliierter“ und, dass deren NATO-Mitgliedschaft nicht infrage stehe. Allerdings sah sich Stoltenberg ebenfalls veranlasst, die Regierung in Ankara zur Wahrung des Rechtsstaats und zur Einhaltung demokratischer Spielregeln nach dem gescheiterten Putsch aufzurufen. Die Türkei sei Teil einer Wertegemeinschaft, betonte der NATO-Generalsekretär. Daher nannte er es entscheidend, dass die Türkei, wie alle Alliierten, den vollen Respekt vor

der Demokratie und ihren Institutionen sicherstelle, ebenso wie den Respekt vor der Verfassung, dem Rechtsstaat und den Grundfreiheiten.

Doch mehr als vorsichtig zur Ordnung rufen kann die NATO Erdoğan und die türkische Regierung nicht. Sanktionsmittel gegen ein Mitglied stehen dem Bündnis nicht zur Verfügung. Zudem erscheint Beobachtern die Türkei aus militärischer und strategischer Sicht von zu großer Bedeutung für die NATO, als dass man einen Austritt des Landes aus dem Bündnis riskieren würde. Denn die Türkei ist die Brücke von Europa nach Asien und in den arabischen Raum. Zudem stößt das Land am Schwarzen Meer an den

Kaukasus und damit an die von Russland beanspruchte Einflusszone.

Seit ihrer Gründung vor fast 70 Jahren ist die NATO nicht nur von 12 auf 28 Mitglieder angewachsen. Die Allianz hat sich auch zunehmend für Kooperationen mit weiteren Nationen geöffnet. So wurden etwa Vereinbarungen mit Australien und Neuseeland über eine enge Zusammenarbeit im Konfliktmanagement abgeschlossen. Zudem gibt es einen sogenannten institutionalisierten Dialog der NATO mit Japan und Indien. Als mögliche Dialogpartner sind ebenfalls Brasilien, Südafrika und Südkorea im Gespräch. Und in Osteuropa drängen weitere ehemalige Warschauer Pakt-Staaten in das Bündnis.

Inzwischen wird – insbesondere in den USA – als längerfristiges Ziel ein Ausbau der NATO zu einem globalen Bündnis der Demokratien (Alliance of Democracies) diskutiert – gegebenenfalls sogar in Konkurrenz zu den Vereinten Nationen. Dafür haben sich in der Allianz bislang zwar keine Mehrheiten finden lassen. Aber für die NATO sind Veränderungen ja nichts Ungewöhnliches.

Klaus Kocks

VON DER KLAVIATUR DER TÜRKISCHEN SEELE

„Die Türkei ist ein wichtiger Partner in der NATO. Und sie ist ein wichtiger Mitstreiter im Kampf gegen die IS. Es lohnt sich also nachzudenken, welche Interessen die Türkei im Nahen Osten verfolgt.“ Das sagte Dr. Ansgar Burghof, Direktor und Vorstand des GSI, zu Beginn des 4. Nahost-Talks am Montag, 26. September. Auf Einladung des GSI und der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO) diskutierten Experten vor rund 150 Teilnehmern die Außenpolitik der Türkei. DINO-Sprecher Prof. Jürgen Bremer verwies in seiner Begrüßung auf die „schreckliche“ Situation in Syrien. Die Bevölkerung sei mittlerweile ein „Faustpfand“ der Kriegsparteien. Bremer betonte, wie wichtig es sei, den Nahen Osten intensiv zu beobachten, „weil die Situation immer näher nach Europa kommt“.

Loay Mudhooon, Leiter des Deutsche-Welle-Dialogportals qantara.de, hob in seiner Einführung die Bedeutung der Arabellion für die Außenpolitik der Türkei hervor. Mit dem Arabischen Frühling 2011 sei die Türkei nach Ansicht einiger Beobachter zu einer Außenpolitik unterschiedlicher Standards gewechselt. Bis 2011 hätte der türki-



Foto: GSI, Feigel

von links nach rechts: Reinhard Baumgarten, Thomas Nehls, Prof. Dr. Gülistan Gürbey, Martin Erdmann

sche Präsident Recep Tayyip Erdoğan auch noch geglaubt, den syrischen Präsidenten Assad zu Reformen und Gewaltverzicht bewegen zu können. Dies sei aber nicht gelungen. Nun ginge es ihm in erster Linie darum, Assad zu stürzen, den IS zu schwächen und einen Kurdenstaat zu verhindern.

Auch im weiteren Verlauf der Diskussion stand der türkische Präsident im Fokus. Gleich zu Beginn machte Dr. Gülistan Gürbey vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin deutlich: „In der gesamten

Diskussion wird immer unterstrichen, dass die Probleme ohne Erdoğan gelöst werden könnten. Das ist nicht der Fall.“

„Erdoğan weiß auf der Klaviatur der türkischen Seele zu spielen“, ergänzte Martin Erdmann, Deutscher Botschafter in Ankara. „Und mit der türkischen Seele erreicht er Mehrheiten.“ Erdmann zeigte sich trotz aktueller Differenzen zuversichtlich, dass die Türkei ihre Zusammenarbeit mit der NATO nicht aufs Spiel setzen werde.

NEUES EU-PROJEKT DES GSI IN ZENTRALASIEN

Im Rahmen einer Transparenzinitiative der Europäischen Kommission engagiert sich das Gustav-Stresemann-Institut e.V. bis September 2018 in Kirgisistan. Einen entsprechenden Zweijahresvertrag unterzeichnete Dr. Ansgar Burghof, Direktor und Vorstand des GSI, im September mit der EU-Delegation in Bischkek. Mit dem Projekt „Stärkung der Zivilgesellschaft für Öffentliche Räte in Kirgisistan“



Foto: GSI

Der Besuch aus Kirgisistan fühlte sich im GSI sichtlich wohl.

lokalen Partner Human Rights Advisory Board, Bischkek (HRAB), bis Mitte September 2018 im ganzen Land, vor allem in Bischkek, aber auch im GSI in Bonn, verantwortet und auch organisatorisch-logistisch begleitet. Die Projektsomme liegt bei über einer Million Euro.

Das Projekt wird von der Europäischen Union gefördert. Ansprechpartner beim GSI ist Dr. Jan Ulrich Clauss, Wissenschaftlicher Leiter: 0228-8107 190, j.clauss@gsi-bonn.de.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof
Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de
Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg
Germany

sollen die demokratischen Elemente in diesem zentralasiatischen Staat gefördert werden.

Für das GSI ist es bereits das sechste Mehrjahresprojekt in Zentralasien. Es wird über 100 Veranstaltungen (Seminare, Train-the-Trainer-Schulungen, Pressekonferenzen, Public Hearings usw.) umfassen, die das GSI mit seinem externen Expertenteam und auch seinem



Foto: GSI

Das GSI-Team und seine lokalen Partner vor Ort in Kirgisistan